



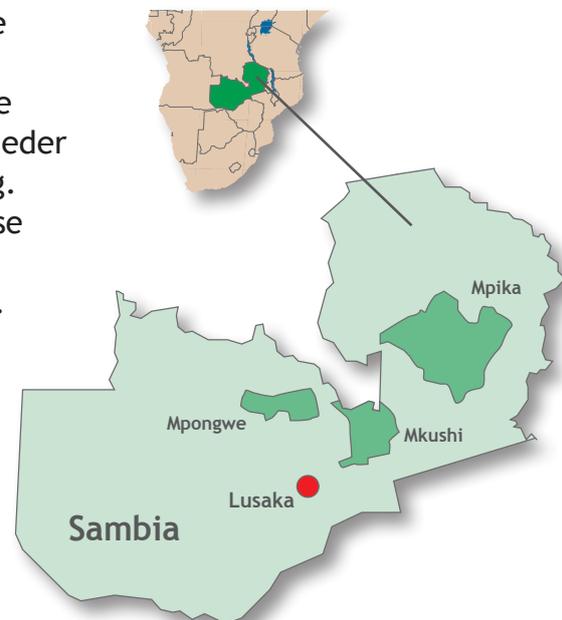
SAMBIA

ENTWICKLUNGSHILFE AUF ABWEGEN

Wiederholt deckte FIAN auf, dass die deutsche Entwicklungshilfe Geld in großflächige Agrarprojekte steckt. Offizielle Berichte versprechen die „Zukunft der Landwirtschaft“ und eine effektive Hungerbekämpfung - in der Realität stoßen wir jedoch immer wieder auf Landvertreibungen und Verletzungen des Rechts auf Nahrung. FIAN Deutschland und FIAN Sambia führten nun eine Rechercheise zu Großfarmen in Sambia und der betroffenen Bevölkerung durch. Befürchtungen von Menschenrechtsverletzungen wurden bestätigt.

Besuch bei Zambeef-Vertriebenen in Mpongwe

Der Distrikt Mpongwe, knapp 300 Kilometer nördlich der Hauptstadt Lusaka, ist bekannt für seine fruchtbaren Böden und natürlichen Wasserressourcen. Genau hier tummeln sich viele Investoren, die Befugnisse zur Landnutzung erworben haben. Bei drei Großfarmen beteiligt sich die deutsche Entwicklungshilfe an der Finanzierung. Seit 2013 wissen wir von der Vertreibung einer Dorfgemeinschaft, direkt bevor der Agrarkonzern *Zambeef* die 23.000 Hektar umfassende Mega-Farm *Nampamba* übernahm. Daher galt unser erster Besuch den Betroffenen. Ihre Situation hat sich seitdem weiter verschlechtert.



Francis Kamanda bewirtschaftete vor der Vertreibung 31 Hektar Land. Heute kann er seine Kinder nicht mal mehr zur Schule schicken. Er muss einen Hektar Ackerboden teuer pachten, der weit entfernt von seinem Haus liegt. Der Ertrag reicht nur knapp, um nicht zu verhungern. Besonders empört ihn, dass das Land brach liegt, von dem sich seine Familie einst gut ernähren konnte.



Francis Kamanda zeigt uns das Brachland, auf dem er und 50 weitere Familien sich eine ordentliche Existenz aufgebaut hatten. Er fordert die deutsche Entwicklungshilfe auf: „Stoppt die Zambeef-Finanzierung oder bringt Zambeef dazu, uns das Land zurückzugeben!“

Aussitzen einer folgenschweren Agrivision-Investition in Mpongwe

Ein weiteres Treffen in Mpongwe galt 93 Mitgliedern einer kleinbäuerlichen Gemeinschaft, die im westlichen Randgebiet der 12.000 Hektar großen Farm *Somawhe* leben. Die Farm gehört dem Finanzinvestor *Agrivision*. Er hatte vor fünf Jahren einen 10-Millionen-Dollar-Kredit von einem Investmentfonds des Entwicklungsministeriums (BMZ) erhalten.

Gemeindemitglieder berichten uns, dass sie schon früher von ihrem Land, das weiter innerhalb der Farm lag, gewaltsam vertrieben wurden. Ihr Eigentum, wie Häuser oder eine Maismühle, wurde ohne Entschädigung zerstört. Als *Agrivision* 2014 neue Expansionspläne veröffentlichte, die eine neue Vertreibung der Dorfgemeinschaft bedeutet hätten, forderte FIAN das Entwicklungsministerium auf, *Agrivision* von den Plänen abzubringen. Uns wurde daraufhin versichert, dass die Expansion geändert wurde und nicht mehr diese Gemeinde betreffe. Auf Druck von FIAN wurde im Februar 2016 eine Überprüfungsreise durchgeführt. *Agrivision* versprach, der Gemeinde einen eigenen Landtitel zu übertragen.

Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen. Das Farmmanagement lehnte ein Treffen ab, versprach aber, sich später telefonisch auszutauschen. Auch dies kam nie zustande.

Nun befürchten wir, dass der Gemeinde das Land nicht mehr übertragen wird. Im Oktober 2016 lief das Darlehen des deutschen Entwicklungsfonds aus. Das Entwicklungsministerium wird sich vermutlich für die Folgen offiziell nicht mehr zuständig fühlen. FIAN wird nachhaken und den deutschen Verantwortlichen eine menschenrechtliche und entwicklungspolitische Bewertung dieser Investition vorlegen.



„Wir haben keine Sicherheit, dass wir hier leben dürfen“, bestätigen uns die Sprecher der Dorfgemeinschaft.

Kein Land, kein Mindestlohn für FarmarbeiterInnen in Mpika



Unsere Recherchen führten uns weiter hoch in den Norden in den Distrikt Mpika. Hier hatte *Zampalm* 20.000 Hektar Land in einem Sumpfbereich für eine Palmölplantage erworben. Zusammen mit der *Niederländischen Entwicklungsbank* finanzierte die *Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG)* 2013 die Expansion mit einem 10-Millionen-Dollar-Kredit.

Ehemalige FarmarbeiterInnen berichten uns, dass sie weit unter dem nationalen Mindestlohn bezahlt werden. Viele von ihnen sind ausgestiegen und versuchen an Land zu kommen, um wieder selbst Landwirtschaft zu betreiben. Das sei allerdings schwierig geworden, da *Zampalm* hier so viel Land an sich gerissen hat.



„Als ich dort gearbeitet habe, habe ich 250 Kwacha [etwa 25 Euro] im Monat verdient. Damit konnte ich meine Kinder nicht versorgen“, berichtet eine ehemalige Plantagenarbeiterin.

Das „Herz der sambischen Landwirtschaft“ - Ausbeutung und Vertreibung in Mkushi



Im Distrikt Mkushi besuchten wir eine Gemeinde, die inmitten kommerzieller Großfarmen liegt. Auch hier spielt der durch das BMZ finanzierte Investor *Agrivision* eine zentrale Rolle. Eigentlich wollten wir die BewohnerInnen der Armensiedlung zu den Arbeitsbedingungen auf der *Agrivision*-Farm befragen.

Jedoch wurde schon nach dem ersten Gespräch klar, dass die Gemeinde in einer akuten Notlage steckt. In den letzten Monaten wurde ihnen verboten, das wenige Ackerland um ihre Häuser zu bewirtschaften, da *Agrivision* es von der Bahngesellschaft *TAZARA* gekauft habe.



Eine Slumbewohnerin zeigt uns ihr ehemaliges Ackerland. „Das Land wurde uns weggenommen. Nun ist es schwierig an Essen zu kommen. Wir wollen den Boden bewirtschaften, damit unsere Kinder satt werden und nicht stehlen gehen.“

Und es kommt noch schlimmer: zwei Tage später waren Bulldozer angekündigt. Die BewohnerInnen sollten bis dahin an einen anderen Ort verschwinden. Wir haben umgehend Kontakt mit der Bahngesellschaft und der Provinzregierung aufgenommen und konnten zumindest einen Aufschub der gewaltsamen Räumung erreichen. Auch haben wir die deutsche Botschaft und das BMZ informiert und zum dringenden Handeln aufgerufen. Weitere Arbeit steht an.



Abschließend dokumentierten wir die makaber niedrige Bezahlung von Gelegenheitsarbeit auf der *Agrivision*-Farm. Die Arbeit besteht darin, Wild-Nüsse zu sammeln, die für die maschinelle Sojaernte ein Problem darstellen. Das Sammeln eines 50-Kilo-Sacks wird mit umgerechnet 5 Cent entlohnt, erzählen die DorfbewohnerInnen.

Für das Sammeln von 50 Kilo dieser Wild-Nüsse erhält eine Arbeiterin 50 Ngwee, also etwa 5 Cent



Mangelhafte Prüfung menschenrechtlicher Folgen

Letztendlich haben wir bei allen besuchten Landflächen menschenrechtliche Probleme dokumentiert. Diese waren den beteiligten deutschen Akteuren meist nicht bekannt. So hat die Reise nach Sambia gezeigt, dass intensive menschenrechtliche Rechercharbeit sehr wichtig ist. Ohne unseren kritischen Blick würden die geschilderten Probleme und Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten kaum an die Öffentlichkeit kommen. Durch die Reise wurde auch deutlich, dass die Mechanismen bei der deutschen Botschaft in Sambia und dem Entwicklungsministerium nicht ausreichen, um die weit verbreiteten menschenrechtlichen Probleme zu erkennen und zu beheben.



Roman Herre im Gespräch mit Betroffenen über Grenzverläufe in Mpongwe

„Die versprochene Armutsbekämpfung hat sich rund um die Farmen als Luftnummer herausgestellt“, erklärt Roman Herre nach seiner Recherchereise. „Und die schon lange versprochenen effektiven Menschenrechtsprüfungen von Entwicklungshilfeprojekten fehlen bis heute und müssen endlich umgesetzt werden.“

Sein Resümee ist ernüchternd: „Mich besorgt besonders, dass diese Art der Entwicklungshilfe für Konzerne und Großinvestoren das Machtgefälle zwischen Investoren und armen ländlichen Gemeinden verschärft. So kann die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung nicht gelingen.“



Lukrative Entwicklungshilfe

Die deutsche Entwicklungshilfe tritt verstärkt als Finanzinvestor auf. Die finanzierten Projekte und Firmen sollen gewinnorientiert arbeiten.

Beispielsweise haben das Entwicklungsministerium und die Deutsche Bank in Luxemburg den Entwicklungsfonds *aatif* als „innovatives“ Instrument zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten aufgelegt. Der Fonds finanziert den Finanzinvestor *Agrivision* mit Sitz auf Mauritius und verspricht auch den Mitinvestoren gute Rendite.

Die *Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG)* soll als Teil der KfW-Bankengruppe kräftig wachsen. Das geht nur, wenn sie mehr Gewinn aus den von ihr finanzierten Firmen abschöpft als nur die Kosten zu decken.

Daher ist es nur folgerichtig, dass *aatif* und *DEG* in der Landwirtschaft gerne große Agrarkonzerne finanzieren. Damit werden jedoch oft die Landkonzentration verschärft und Landkonflikte angeheizt. Auch der damit verbundene massive Einsatz von Pestiziden ist eine typische Ursache von Menschenrechtsverletzungen.



Spendenkonto GLS Bank Bochum
IBAN DE84 4306 0967 4000 444400
BIC GENODEM1GLS

FIAN, November 2016 | © Fotos FIAN | © Karten: Mygeo.info



FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Straße 13 | 50969 Köln
Telefon (0221) 70200-72
fian@fian.de | fian.de